

für Halle vierteljährlich des postmässigen Auftrags 2.50 M., durch die Post 3.25 M., ausserhalb des Reichsgebietes, Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Saale-Beitung.

Zweihundertvierzigster Jahrgang.

werben die Spezialpreise über deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Nr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Der Bankdiskont.

Die gestrige Interpellation des Grafen Kanitz stand bereits unter dem Eindruck des Nachlassens der Spannung auf dem Geldmarkt. Dem Vorstoß der Bimetallisten war daher ein gut Teil seiner Kraft vorweg genommen.

Daß Reformen auf dem Gebiet des Geldwesens erforderlich sind, hat auch die Linke zugegeben. Der Vorschlag des nationalliberalen Redners Dr. Weber ging dahin, daß dem Deutschen Reich ein Betriebsfonds zur Verfügung stehen müsse, dem die Ueberhörsse aus dem Ankaufspreise und dem Verkaufspreise des Silbers wie auch die kleinen Ueberhörsse der einzelnen Etats überwiesen werden könnten.

Ein weiteres wichtiges Mittel hierzu ist die Einführung eines modernen Zahlungsmittels, des Postcheckverkehrs. Solange das heute veraltete Zahlungssystem sich behauptet, wird die Kalamität sich schwerlich beheben lassen.

Die Regierung hat nun eine Untersuchung über die Gedränge eingeleitet und Sachverständige zur Auskunftserteilung zu Rate gezogen. Sie hat dabei betont, daß sie an der Goldwährung nicht werde rütteln lassen.

Exports gesprochen. Nicht diese Erkenntnis sich Bahn, so müßten wir zu einer Verringerung der Wirtschaftspolitik kommen und erst wenn diese erfolgt ist, wird es von Grund auf besser werden.

Deutsches Reich.

Kronprinz Georg von Sachsen vollendet heute sein 15. Lebensjahr.

Die Antiliberalen und der Bloß.

Zur preussischen Wahlfestfrage meldet die 'Freie Ztg.' aus Berlin: Es unterliegt, soweit mir die Stimmung der Antiliberalen Fraktionen kennen, keinem Zweifel, daß sie jetzt weniger denn je dem gegenwärtigen Reichsfanzler oder irgendwelchen zukünftigen Reichsfanzler lieber beim Tode oder bei einzelnen Gesetzen Konzeptionen machen werden, die ihren grundsätzlichen programmatischen Ueberzeugungen irgend etwas ergeben.

Abg. Naumann über Wilow, Bloß und Wahlfest.

Abg. D. Naumann bringt in der neuesten Nummer der 'Hilfe' längere Betrachtungen über die gegenwärtige Lage, denen wir folgende Stellen entnehmen: 'Man wissen wir wenigstens, was wir von ihm zu halten haben! Reigt ist uns der Herr Wilow kein Geheimnis mehr, und wir werden es von nun an nicht mehr glauben, wenn er sich in den Mäntel des großen Mannes hüllen will.'

Wir zweifeln gar nicht, daß Herr Wilow viel mehr hätte bieten können, als er tut, aber er hätte bereit sein müssen, es aufzugeben. Er hat sich nicht mit der Sache beschäftigt, die für uns am wichtigsten ist, nämlich die Frage der Reichstagswahlrecht in der Sache Bloß. Das kann ohne feste vorbereitende Volksbewegung kein Ministerpräsident durchzuführen, selbst wenn er persönlich will. Aber das direkte Wahlrecht, das geheime Wahlrecht, die Vereinheitlichung der Kreise, — der Reichsfanzler weiß selbst ganz genau, was er bringen könnte, wenn er sich und seine politische Existenz dafür einsetzte.

Was ist der Schlüssel zum Bloß? Entweder ist er ein geschichtlicher Versuch, eine zentrumsfreie-deutsche Politik für längere Zeit zu machen, oder er ist nur ein Selbstmord durch einmündiges, nicht mächtiges Reichskongress. Im ersten Sinne ist er ein sehr schwerer, aber ernsthafter und wichtiger Versuch, den wir uns selbst unter eigenen nicht entziehen dürfen. Ich werde mich wie vor das verweigern, was die geeinte linksliberale Fraktion gemeinsam und einmütig getan hat, und mich allen Versuchen widersetzen, an dieser Einheit zu rütteln.

Was ist es nun, was die Antiliberalen und die Antiliberalen in der liberalen Arbeit des letzten Jahres ist: die Fraktionseinheit. Die Fraktion hat getan, was ihre Pflicht war, als sie sich dem geschichtlichen Versuch einer zentrumsfreien Regierung nicht entzog.

annehmen, Nilow werde als Erzieher der Konfessionen auftreten. Einige Vorfälle dazu waren vorhanden. Aber nun, wo er sie in ihrer Pflicht befestigt hat, nun soll er einmal verstanden, diese Herren entgegen zu stellen! Jetzt lassen sie, denn der Reichsfanzler hat die einzige Waffe aus der Hand gelegt, die er gegen rechts besaß. Der Reichsfanzler hat genau gewußt, vom 10. Januar abging, und er hat mit vollem Bewußtsein dem Liberalismus einen Schlag versetzt.

Und nun, wo wir das alles wissen, was tun wir da? Wir organisieren die Volksbewegung, die das bessere Wahlrecht bringt. Das ist eine parteifreie Pflicht. Ganz Deutschland leidet unter der preussischen Fraktionseinheit. Ein gutes Werk tut jeder, der sich an der Organisierung der Wahlfestbewegung beteiligt. Die vereinigten Fraktionen der Freisinnigen im Landtag haben als Antwort auf Nilows Erklärung einen Wahlfestauschuss gegründet. Diesen Ausschuss gilt es lebendig zu machen.'

Die endgültige Einigung über die Ostmarkenvorlage.

Der Beschluß der Kommission zur Vorbereitung der Ostmarkenvorlage, der das von der Regierung allgemein für das Anschließungsgebiet geforderte Enteignungsrecht auf einige Kreise (in Posen 5, in Westpreußen 4) beschränkt will, ist in der Öffentlichkeit lebhaftem Widerspruch begegnet. Namentlich ist eine Einigung zwischen den Konfessionen, Nationalliberalen und der christlichen Sozialisten räumlich in der Kommission beschlossene räumliche Beschränkung des Enteignungsrechts abgelehnt worden. Statt dessen soll eine Einschränkung in der Richtung eintreten, daß die Gesamtfläche des im Wege der Enteignung zu erwerbenden Landes 70 000 Hektar nicht übersteigen soll.

Der neue Verordnungsantrag hat folgenden Wortlaut: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

im Artikel 1 Ziffer 8 den Abf. 1 des § 13 in folgender Fassung anzunehmen:

Dem Staate wird das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansetzungen (§ 1) möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als sechzigtausend Hektaren nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben. Berlin, den 14. Januar 1908. v. Heydebrand, Dr. Friedberg, Frhr. v. Jellisch u. Neutich.

Zur Schulpolitik.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Erklärungen, die bei der gestrigen ersten Lesung des Etats der Kultusminister im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben hat, eine neue Grundlage für die Schulpolitik der Regierung geschaffen haben. Wenn man das praktische Ergebnis dieser — in der Form überaus vorläufigen — Erklärungen ziehen will, so wird man feststellen können, daß die Regierung sowohl eine Veränderung der Kreisinspektion, als auch eine solche der Ortschulaufsicht vorhat. Die Kreisinspektion soll durchweg hauptamtlich, also fachlich u. a. u. s. i. c. werden und soll sich als solche in eine Umgestaltung der gesamten Schulverwaltung im Sinne einer Dezentralisation einordnen. Es wird also anstehend hochschichtig, die Abteilungen, die jetzt der Schulverwaltung bei der königlichen Regierung zutönen, auf die Kreisinspektion zu übertragen und dort den fachmännischen Kreisinspektoren zum Mittelpunkt der Aufsicht zu machen. Die Ortschulaufsicht soll überall dort, wo ein mehrschichtiges Schulsystem unter der Leitung von Lehrern besteht, entsprechend den schon jetzt vorhandenen Vorschriften gänzlich wegfallen, sobald gewisse Bestandteile der staatlichen Schulaufsicht von den Lehrern an ihren Anstalten, die übrigens aber unmittelbar von dem Kreisinspektor ausgeht, abgelöst werden. Ueberall da, wo der Kreisinspektor vorhanden sind, soll zwar, wie der Minister seine Reden vor dem Reichstag über die Bevölkerung getragene Verantwortlichkeit als staatliche Schulaufsicht nach wie vor beibehalten werden, jedoch darauf, daß ihm wieder die technischen Aufsicht zurechnen werden noch ein disziplinarisches Anordnungsverhältnis des Lehrers bestehen soll. Nach den Anmerkungen des Ministers ist eine entsprechende Gesetzesvorlage der Regierung im nächsten Jahre zu erwarten.

Zum Reichsvereinsgesetz.

hat die Gesellschaft für soziale Reform an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, deren Inhalt lautet:

Die Tatsache, daß Anwohner und Arbeiter ihr Recht in dem Ringen der wirtschaftlichen Interessen nur in der Vereinigung der Berufsgruppen vertreten können, daß für die einzelnen der Stützpunkt in der Organisation immer unentbehrlicher wird, je mehr die Konzentration des Großkapitals und der Betriebe fortschreitet, wird nicht mehr in Abrede gestellt. Die Anschauung, daß Arbeit und Kapitalorganismen für die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs eine Gefahr bedeuten, wird in keinem Maße der Ansicht, daß gerade in diesen Organismen und in dem Verhältnis, in welchem sie zu den Organismen der Arbeiter stehen, die Zukunft des Reichs besteht, nicht mehr und mehr der Gegenpart der wirtschaftlichen Interessen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber einen

frühdien Ausglick findet. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Bildung, die Wirksamkeit und die Zukunft dieser Organisationen nicht durch Polizeivorurtheile eingeschränkt wird und nicht Organisationen nicht der Möglichkeit einer freiwilligen Initiative beraubt werden. Wir sind sicher, daß wir mit den vorstehenden Ausführungen uns in voller Uebereinstimmung befinden mit denjenigen auf nationalem Boden stehenden Organisationen von Arbeitern und Angehörten, welche uns in der Zahl von 118 Vereinen mit 1,125,000 Mitgliedern angeschlossen sind.

Die neuen Steuerentwürfe.

Aus Berlin wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Die Nachrichten verschiedener Blätter, daß dieser Tage der Finanzminister der Bundesstaaten zu Berlin zu einer Beratung der neuen Steuerentwürfe zusammenzutreten würden, ist in dieser Form unrichtig. Es handelt sich nicht um eine eigentliche Ministerkonferenz, sondern lediglich um die ordnungsmäßigen Beratungen der Bundesstaatspräsidenten, zu denen der und jene Minister in eigener Person erscheint, besonders aus Süddeutschland, da dessen Vertreter in Frage kommen. Das Schicksal hält nach wie vor an den bereits früher mitgetheilten Plänen fest, deren Grundzüge bekannt sind, nämlich Spiritus und Zigarettenbanderole. Die Nachrichten, die über Einzelheiten dieser Frage durch die Blätter gehen, sind wertlos, da solche einzelnen Dinge durch die nicht abgeschlossene Beratung fortgesetzt abgeändert werden können. An eine Vertagung dieser Beratungen denkt die Regierung nicht, da sie nicht weiß, woher sie ohne neue Steuern die Mittel zur Aufbesserung der Gehälter und zur Deckung des Selbstbetrages im Reichshaushaltsetzt nehmen soll.

Kein Vergleich im Petersprozeß.

Entgegen der Meinung mehrerer Blätter, daß in dem Prozeß Peters gegen die „Königliche Zeitung“ die Vertreter der „Königlichen Zeitung“ mit Vergleichsvorschlägen an die Klägerische Partei herangetreten seien, erklärt die „Königliche Zeitung“ diese Behauptung für in vollem Umfange unzutreffend. Die von der klägerischen Seite einseitigen Verhandlungen hätten zu keinem Ergebnis geführt. Ein Vergleich sei nicht zu erwarten.

Zur Abwehr bimetallicischer Bestrebungen.

Die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin haben beschlossen, den Deutschen Handelsrat zu erwidern, die Anträge des Rates hinsichtlich der Erhöhung der Silberausprägung in der nächsten Ausschüttung und der Erneuerung der Handelsrat zu Verhandlung zu stellen. Die Vertreter haben ferner beschlossen, eine Organisation ins Leben zu rufen, die die Abwehr bimetallicischer Bestrebungen zum Zwecke haben und berufen sein soll, durch Wort und Schrift für die Aufrechterhaltung der Goldwährung zu wirken. Die vorbereitenden Schritte für die Schaffung dieser Organisation werden sofort getan werden.

Die Novelle zur Zivilprozeßordnung.

wird der Königsberger „Sartungssche Ztg.“ zufolge auf Grund der Beratung des Bundesratsausschusses umgearbeitet, insbesondere wird geprüft, inwieweit eine Schädigung des Anstandsstandes vermeidbar sei. Das Reichsjustizamt nimmt nach dem erwähnten Blatte kein Interesse an schneller Beilegung, der preussische Justizminister dagegen drängt.

Deutscher Tabakverein.

Am 11. d. Mts. fand im Savon-Hotel in Berlin eine Sitzung des Vorstandes und der Denkschriftkommission des Deutschen Tabakvereins statt, um die Tabaksteuererhöhung zu besprechen und die Maßnahmen für die Stellungnahme zu der Steuerentwürfe, falls und sobald eine solche dem Reichstag zugehen werde, festzustellen. Es wurde Einmütigkeit aller Anwesenden darüber festgestellt, daß alle Gruppen des Vereins in der gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahr einer höheren Belastung des Tabaks geschlossen zusammen stehen werden, und daß der Verein es als eine Ehrenpflicht erachten müsse, vor allen die kleineren Betriebe vor einer steuerlich gezielten Aufzugaug durch die Großbetriebe zu schützen, welche zweifellos die Folge der Banderole sein werde. Eine Verarmung des Vereins soll sofort nach der etwaigen Einbringung der Vorlage im Reichstag einberufen und dazu sollen auch Vertretungen der Zigarrenfabrikantenvereine und der Hilfsvereine eingeladen werden.

Kirdorfs Austritt.

Das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller war am 6. Januar in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der allseitig bekannte Herr Geh. Kommerzienrat Emil Kirdorf wegen seines unbefriedigenden Gesundheitszustandes die Stellung als erster stellvertretender Vorsitzender des Direktoriums niedertelegte. An Stelle des Herrn Geh. Kommerzienrats Kirdorf, der übrigens im Direktorium als Mitwirkender verbleibt, wurde, da Herr Geh. Regierungsrat Roenigk-Berlin, der bisherige zweite stellvertretende Vorsitzende, die Wahl zum ersten Stellvertreter ablehnte, Herr Landrat a. D. Roeger in Essen, Vorsitzender des Direktoriums der Aktien-Gesellschaft Friedrich Krupp, einstimmig gewählt.

Außer mit der Erledigung einer Reihe laufender Geschäftsangelegenheiten beschäftigte sich das Direktorium insbesondere eingehend mit dem Entwurf einer Resolution zur Gewerbesteuerordnung. Es wurde beschlossen, alsbald nach der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs im Reichstage den Ausschuss des Zentralverbandes einzuberufen, um die zahlreichen Bedenken der Industrie gegen eine Reihe der beabsichtigten Vorschriften zur Geltung zu bringen.

Deutscher Waldschutz.

Am Sonnabend fand in Berlin eine Sitzung des Berliner Waldschutzes statt, zu der alle Körperschaften eingeladen waren, die aus irgend einem Grunde an der Erhaltung der Wälder Interesse haben. Folgende Resolutionen gelangten zur Annahme:

1. Die heute abend im Kaiserin Friedrich-Haus tagende vom Berliner Waldschutzesverein abberufene Versammlung, die sich aus den verschiedensten Kreisen der Bürger Groß-Berlins zusammenschloß, beschloß, eine Denkschrift an das hohe Haus der Abgeordneten zu richten, welches die Emanation eines preussischen Waldschutzes veranlassen soll, zu dem Zweck, die Verhütung für die Abhaltung der Wälder zu beschränken, in eine, dem allgemeinen Volk dienende Bahn zu lenken und die Wälder vor Verwüstung zu bewahren. Mit der Abfassung dieser Denkschrift wird der Vorstand des Berliner Waldschutzes betraut.

2. An den Ausschuss Groß-Berlin. Indem die heute im Kaiserin Friedrich-Haus tagende vom Berliner Waldschutzesverein zusammenberufene Versammlung für die Erhaltung der Wälder in Berlin nachdrücklich eintritt, bittet sie den „Ausschuss Groß-Berlin“ schon bei der Aufstellung der Bedingungen für die Konkurrenz eines Bebauungsplanes für Groß-Berlin dieses Ziel, d. i. die möglichste Erhaltung der Wälder, in dieser Reihe zu berücksichtigen.

Allgemeine Mitteilungen.

— Die diesjährigen Sitzungen des preussischen Landesökonomikollégiums und der Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftsanstalten finden vom 3. bis 8. Februar statt.

Im deutschen Parlamenten.

— Die Kommission des Reichstages für die Sicherung der Bauverordnungen beschloß unter lebhaftem Widerspruch der Regierung die Streichung des § 2, der den fiskalischen Verwaltungen und öffentlichen Körperschaften eine Ausnahmebewilligung gibt. Sie sollen auch in den Rahmen des Gesetzes mit einbezogen werden. Die Erörterung über die sachliche Ausdehnung der jetzigen Bestimmungen wird am Freitag fortgesetzt.

Ausland.

Der Inzest-Verdacht.

Der Papst ernannte am 14. an Stelle des verstorbenen Kardinals Steinhuber den Kardinal Segna zum Leiter der Inzest-Verdacht. Nach dem „Leipz. T.“ ist Kardinal Francesco Segna ein harter Intransigent in religiöser und politischer Beziehung und auch seinem Vorgänger Steinhuber in geistiger Begabung weit weichen nicht gewachsen.

Eine neue Marokko-Konferenz?

In Madrid ist der „Madrid. Ztg.“ zufolge der Gedanke aufgetaucht, eine neue Marokko-Konferenz einzuberufen, da Mulay Hafids Emporkommen die ganze Lage umgestoßen habe. Die spanische Regierung soll bereit sein, die Initiative zu ergreifen.

Eine Mission Mulay Hafids.

welche aus dem Sekretär des marokkanischen Gesandtschafts und dem ehemaligen französischen Marineoffizier Raffier sowie einem italienischen Kaufmann namens Ferruccio besteht, weil seit einigen Tagen in Paris. Raffier wiederholte einem Berichterstatter die bereits aus Casablanca dem General Trube abgegebenen Erklärungen, wonach der heilige Krieg nur gegen Abdul Mis gerichtet sei. Raffier fügte hinzu, daß Mulay Hafid über beträchtliche Geldmittel verfüge und daß er an 5-6000 reguläre, mit Martinigewehren ausgerüstete Fußkrieger und 10 000 von den einzelnen Stämmen aufgestellte Mannschaften bei sich habe. Außerdem habe er vor Monabar 2000, vor Masana 2000 und vor Casablanca 2500 Mann stehen. Mulay Hafid werde alle bis zu seinem Regierungsantritt unterzeichneten Verträge sowie alle Schulden Marokkos anerkennen. Raffier wurde übrigens nur einigen Tagen von Rifon vor dessen Abreise nach Madrid und dem Gesandten Regnault empfangen.

Die Franzosen in Marokko.

Einem Pariser Funkentelegramm aus Tanger zufolge ist die Kasbah Fez reichlich am Montag von den französischen Truppen ohne Schwierigkeit besetzt worden. Der französische Finanzminister erklärte in einem Interview, die Regierung habe keineswegs die Absicht, dem französischen Parlament einen Anleiheentwurf über 150 Millionen Franken zu Gunsten Marokkos vorzulegen. Der französische General d'Almeida wurde ermächtigt, bis zu einer Entfernung von 35 Kilometern von Rabat vorzubringen.

Die französische Deputiertenkammer

wählte in ihrer Eröffnungssitzung Brisson wiederum zum Präsidenten mit 329 von 375 Stimmen. Die Kammer wählte dann Etienne, Berteaux, Rabier zu Vizepräsidenten wieder. An Stelle Gruppis wurde Mougeot gewählt. Nach der Wahl der Sekretäre wurde die Sitzung geschlossen. Lauris brachte in der Kammer eine Interpellation über Marokko ein und verlangte, daß sie sofort nach der Erledigung der Wahl des Kammerpräsidenten erörtert werde. Der Minister des Aeußeren Pichon hat wegen der marokkanischen Ereignisse seinen Aufenthalt in Spanien abgeklärt und trifft heute abend in Paris ein.

Ein Anarchistenkomplott in Lemberg?

Gestern wurde in Lemberg ein bühnisch gekleideter Mann verhaftet, der bei der Mutter des russischen Konsuls erschien und angab, er sei von einem russischen Anarchistenkomitee beauftragt, den russischen Konsul in Lemberg zu ermorden, wobei jedoch ein Auftrag im Falle einer Verhinderung nicht ausführen. Der Mann, der das Räusche nicht gestand, ist kein Russe, sondern ein österreichischer Staatsangehöriger. Der von ihm angegebene Name Kofin Kaszjenkow ist falsch. Der russische Konsul weiß übrigens gegenwärtig in Petersburg.

Die Notlage in Indien.

Der Bischof von Indien telegraphierte, daß jetzt im ganzen nördlichen Indien reichlicher Regen gefallen ist. Gegenwärtig empfangen in Indien insgesamt über 200 000 Personen staatliche Unterstützung.

Kleine Tagesnachrichten.

— Die in Konstantinopel befindlichen diplomatischen Missionen der Schifffahrt treibenden Völker überreichten der Porte identische Noten, die seit 1897 verbundene nächtliche Durchfahrt der Postschiffe durch die Dardanellen wieder zu gestatten.
— In Newyork wurde eine Liga gegründet zur Förderung der amerikanischen Präsidienkandidatur Hughes.

Provinzial-Nachrichten.

Ein Kapitalverbrechen in Leipzig.

Wie das „Leipz. Tagbl.“ hört, hat die Wittichosterin Doll jugend ab, am Abend des 16. November v. J. infolge von Mißhandlungen, denen sie seitens des ermordeten Gieglers ausgeht gemeint sei, den Entschluß gefaßt zu haben, Gieglers und sich zu töten. Sie habe insofern, nachdem sie beide zu Bett gegangen, den Gasbaldn aufgedreht und das Gas ausströmen lassen. Am anderen Morgen sei sie aber zu sich gekommen und habe, ohne sich um Gieglers zu kümmern, die Wohnung und Leipzig verlassen und sich

nach Halle begeben, von wo sie nach einigen Tagen wieder nach Leipzig zurückgekehrt sei.

— Merseburg, 15. Jan. (In der Stadtverord-

netenversammlung) am Montag erfolgte zunächst die Einführung der neu bezug wiedererwählten Stadtverordneten durch den Bürgermeister Robbe. Dann wurde der bisherige Vorstand, nämlich Justizrat Baage als Vorsitzender, Stadt. Grempler als stellv. Vorsitzender, Stadt. Henne als Schriftführer und Stadt. Eichardt als stellv. Schriftführer, wiedergewählt. Hierauf erfolgte die Einführung des bisherigen Stadt. Thiele, dessen Wahl zum unbesoldeten Stadtrat bestätigt ist, durch Bürgermeister Robbe in sein neues Amt. Unter den weiteren Verhandlungen ist der Beschluß, bei der Landesversicherungsanstalt ein Darlehen für den Bau des neuen Krankenhauses in Höhe von 200 000 Mk. bei 3% Proz. Verzinsung aufzunehmen, besonders wichtig. Bedingung dabei ist, daß die Kranken der Landesversicherungsanstalt gegen einen ermäßigten Versicherungsfuß im Krankenhaus untergebracht werden. Der Beschluß über ein neues Ortsstatut für die häusliche Erweiterung der Stadt und den Anbau von neuen Straßen wurde am 4. Wochen vertagt.

□ Wittenberg, 15. Jan. (Zweigvereine.)

Sier hat sich ein Zweigverein des Deutschen Gruben- und Fabrikbeamten-Verbandes gebildet. Vorsteher ist Buchhalter Adolf Schmidt zu Grube Bergheimmühl. Die Versammlungen werden im Hotel Europa abgehalten.

□ Jörbig, 15. Jan. (Kesspiele.)

Bürgermeister Weps hat ein historisches Festspiel unter dem Titel „Alt-Jörbig“ (1734-1815) verfaßt, das demnächst hier zur Aufführung kommt. Dem Vernehmen nach werden hierbei ca. 50 Damen und 50 Herren mitwirken.

□ Staßfurt, 15. Jan. (Neue Einkunftsgefahr. — Bergmanns Tod.)

Infolge polizeilicher Verfügung muß auch das Haus Großer Markt Nr. 5 wegen drohender Einsturzgefahr abgebrochen werden. Es ist das letzte Haus auf der Ostseite des Großen und Kleinen Marktes, das den Erdbewegungen noch standhält. Es sind nunmehr im Zentrum der Stadt 30 Häuser den Erdbeben zum Opfer gefallen. Diese verzeilen sich auf die Ritter-, Schloß-, Ritterstraße, den Wendelitz-, Großen und Kleinen Marktplatz. Außerdem steht der Bergmeister gegenwärtig wiederum mit mehreren Hausbesitzern wegen Ankaufes der gefährdeten Grundstücke in Unterhandlung. — Am Montag verunglückte im Tiefbau des Salzbergwerks Neu-Staßfurt der Salzbühler Andreas Schnabel, der von einem schweren Fallschuh niedergeworfen und so schwer verletzt wurde, daß infolge innerer Verblutung der Tod eintrat.

□ Vangerlosa, 15. Jan. (Eine große Feuers-

brand) suchte heute früh die Verfallerbauerer heim. Nach ungetreger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, dem Feuer Einhalt zu tun. Die Ursache des Brandes soll ein überhitzter Ofen gewesen sein.

□ Wühlhausen (Th.), 15. Jan. (Kind verbrannt.)

In Dörla hatte die Frau des Arbeiters H. am Montag nachmittags ihre beiden 3- und 4-jährigen Söhne allein in der Wohnstube zurückgelassen, um Vermehrung eines Besuch abzuwarten. Unabgesehen haben die Kinder mit glühenden Kohlen gespielt, wobei die Kleider des 3-jährigen Söhnchens Feuer fing. Eine Hilfe gebracht werden konnte, war das Kind bereits vollständig verkohlt. Der ältere Knabe ist mit einer Kaubergunglung davon gekommen zu sein. Er wurde in das hiesige Krankenhaus geschafft, man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

□ Stendal, 15. Jan. (Die Stadtverordneten)

beschlüssen mit 21 gegen 13 Stimmen die Einführung der Biersteuer.

□ Altmärk., Altmarkt, 15. Jan. (Stolz will ich den

Nachwächter.) Kürzlich hatte ein hiesiger Stadtverordneter geäußert, er komme oft spät nach Hause, aber noch nie sei er dabei einem Nachtwächter begegnet. Die gekränkten Beamten erlassen darauf folgende Erwiderung: Auf die Vernehmung des Herrn Stadtverordneten Dömland in der letzten Stadtverordnetenversammlung bemerken wir, daß wir nicht verpflichtet sind für Ruhe und Ordnung zu sorgen, nicht aber Zeuten, die spät nach Hause kommen, entgegenzugehen. Pech und Bende, häßt. Nachtwächter.

□ Wittenb., 15. Januar. (Verbranntes Testa-

ment.) Durch die Verbrennung der Frau Kunze dürfte auch ihr Testament, das sie, wie sie bei Begehren erzählte, in einen Noth eingeknallt, immer bei sich trug, mit vernichtet sein. Als Altentäter oder doch Mitbeteiligter dürfte jedenfalls ein Mann in Betracht kommen, den man an dem dort. Morgens früh gegen 1/8 Uhr im Hauseinnere gesehen hat.

□ Dessau, 15. Jan. (Feuersbrünste.)

In Altenbrunn Montag nacht die Gemeindegeldner nieder. Das Feuer brach in einer Dachstube aus, während der Wälder und sein Gefelle unten in der Wälder die Feuerarschalt oblagen. — Auf dem Grundstück des Gutbesizers Reinhold Kühn in Jechmis, brannten am Sonnabend nachmittags eine große Scheune und ein Pferdehast vollständig nieder. Der Schaden ist erheblich, da große Getreide- und Strohpörräte sowie auch landwirtschaftliche Maschinen verbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden.

□ Köthen, 15. Jan. (5-jährige Lübenpreise.)

Ein errenliche Nachricht für die rübenbauenden Landwirte dürfte die sein, daß die Zufuhrfabriken durchweg einen etwas höheren Preis als in den Vorjahren anlegen. Die Abschlässe kosten auf 1 Mt. pro Zentner Rüben.

□ Eisenberg, 15. Jan. (Schwere Folgen eines

Schmerzes.) Bei einem Biergelage wurde kürzlich von einem Gaste einem Zehnjährigen ein Streichholz in das Bier gemornt, das dieser mit verschluckte. Das Hölzchen blieb in der Luftröhre hängen. Die Ärzte waren nicht in der Lage, den Fremdkörper zu entfernen, und so mußte der Betroffene künstliche Hilfe in Anspruch nehmen. Jetzt erst ist er völlig wieder hergestellt. Nun folgt aber der zweite Teil des Dramas: Die Krankentafel lacht den Urheber regungslos an zu machen. Verschiedene Verhandlungen haben schon stattgefunden, da der Mittelalter bisher nicht dazu gebracht werden konnte, die Tat einzugehen. Nach Abschluß des Verfahrens dürfte ihm aber eine gelassene Rechnung zugestuft werden.

□ Altenburg, 15. Jan. (Brand. — Erstoren.)

Montag abend ging die am Ausgang der Gerzer Linden stehende Feldscheune des Oekonom Widenbain in Flammen auf. Wer das Feuer angelegt hat, ist unbekannt; man vermutet, daß es arme Reisende verurteilt haben können, die sich dort im Stroh ein Nachtlager suchten. Erst Mittags hatte man dort einen Wänderbüchsen erströhen aufgefunden.

□ Eisenach, 15. Jan. (Ein folgenschwerer

Jagdunfall) ereignete sich in Wigeroda. Die beiden

Landwirte Schaub und Kay begaben sich gegen Abend auf den Anstand. Ohne daß sie es wußten, hatten sie sich fall gegenüber aufgestellt. Durch eine Bewegung des Kay fiel sich der Busch, der ihn verbergen sollte, wiederholt bewegt und Schaub, der bei dem Dämmerlicht ein Stild Bild zu sehen glaubte, feuerte beide Räufe seiner Doppelflinte auf ihn ab. Die eine Schrotladung traf den Unglücklichen in die Magengegend, die andere in die Hände und in die Brust. Verwundungsstellen verlegt wurde er in das hiesige Krankenhaus übergeführt.

Leipzig, 15. Jan. (F u e r) brach am Montag Abend in dem Anwesen des Landwirts Wittmann aus, das bald auf das benachbarte Anwesen des Landwirts Kaiser übergriff. Drei Schenken mit Futterortäten, sowie eine Wagenremise mit Wagen und Geräten wurden eingeeßert. Die Entschensursache ist noch unbekannt.

(Dresden, 15. Jan.) (S u n d d e u t s c h e r D a c h d e c k e r - V e r e i n u n g e n.) Vom 9. bis 11. Februar 1908 wird in den Räumen des hiesigen Gewerbehauses der Innungsverband „Bund Deutscher Dachdecker-Vereine“, Sitz Berlin, zur Abhaltung des 24. deutschen Dachdeckerverbandstages versammelt sein. Durch den Zusammenfluß mit den „Eisenwerkstätten“, „Mörtel-Verfahren“ und „Bancischer“ Dachdeckervereine dürfte eine recht zahlreiche Beteiligung zu erwarten sein. Der letzte Verbandstag tagte im Februar 1907 in Bilschheim. Gleichzeitig wird zu diesem Verbandstage eine Fachausstellung stattfinden, die ebenfalls sehr zahlreich besucht zu werden verpönt. An letzterer können sich alle Interessenten beteiligen und wird nähere Auskunft durch den Vorstand der Dresdener Dachdecker-Vereinung erteilt.

Odensoverteilungen. Verlesen wurde der Rote Adlerorden 4. Klasse dem emeritierten Pastor Theodor Zimmer zu Friedrichshagen im Kreise Niederbarnim, hieser im Gaukreis (Kreis Weisenfels); das Allgemeine Ehrenzeichen dem Gutsbesitzer Ferdinand Reigner zu Döberitz im Rhesener Kreise, dem Gutsbesitzermeister Gottlieb Dieck zu Heidenburg und dem Gutsbesitzer Friedrich Telle zu Besenstedt in demselben Kreise.

Kunst und Wissenschaft.

Soll Kant in einer Kirche ruhen? Wie schon vor einiger Zeit auch von uns gemeldet wurde, beschäftigt man aus bautechnischen Gründen die bekannte Grabstätte Kants in der lügen. Stoa Kantiana am Königsberger Dom ins Innere dieser Kirche zu verlegen. Gegen diesen Plan haben sich nun aber in Königsberg verschiedene Stimmen erhoben und besonders die tabulierten Kantianer haben in dieser Verbringung der Lebersteine Kants in eine Kirche eine Zuwiderhandlung gegen Kants eigene schriftliche Anweisungen, wie er sie besonders in seiner „Reflexion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ darzulegen hat. Der Referent der Anwesenheit in der Stadtverordnetenversammlung, Prof. Dr. Stettiner in Königsberg, hat sich nun an den Kantforscher, Begründer der „Kantstudien“ und der „Kantgesellschaft“, Prof. Dr. Waiblinger in Halle, gewendet, um dessen Urteil in dieser Sache zu hören. Daraufhin hat Waiblinger an Prof. Stettiner folgenden Brief geschrieben, den uns der Briefschreiber liebenswürdigst zur Verfügung stellte.

Halle a. S., den 11. Januar 1908.
Sehr geehrter Herr!

Ich muß gestehen, daß es mir, wie ja wohl den Meisten, das Schöne und Würdige erscheint, wenn die Grabstätte Kants, da, wo sie bisher war, erhalten bleiben könnte, und wenn es möglich gemacht würde, daß der diese Grabstätte enthaltende kleine weißelose Raum in irgend eine künstlerisch befriedigende Form als Aufgang der Kirche bestehen bliebe.

Da die Gründe, welche der Magistrat der Stadt Königsberg für die Verlegung der Grabstätte ins Innere der Kirche geltend macht, hinsichtlich sind, kann derjenige nicht beurteilen, der nicht an Ort und Stelle ist und nicht in der Lage sich befindet, die Pläne, die um Umbau der Grabstätte gemacht wurden, die aber verworfen worden sind, selbst mit kunstverständigem Blick zu prüfen.

Wenn aber diese Gründe stichhaltig sind — und sie müssen es doch wohl sein, da doch sonst weder die Regierung, noch die Universität, noch der Kirchen-Gemeinderat zugestimmt hätten —, so ist's gegen die Verlegung der

Grabstätte Kants in das Innere der Kirche, meines Erachtens dem philosophischen Standpunkt aus gar nichts einzuwenden, sofern nur dafür gesorgt wird, daß das zu errichtende Grabdenkmal Kants nicht eine Inschrift oder ein Symbol bekommt, welche dem unabhängigen Charakter seiner Philosophie widersprechen.

Wenn ich mir erlaube darf, zu diesem Denkmale eine Dose auszusprechen, so ist es folgende: ein überlebensgroßer, ein Kolossalgröße Kants, und daneben eine fadelhaltende weibliche Figur, die die Philosophie sei nicht eine Dienerin der Theologie, die ihr die Schleppnachtrage, sondern eine solche, die ihr die Fadel vorantage.

So wird auch der am weitesten links stehende Freund der Kantischen Philosophie in der Verbringung der Gebeine Kants in eine Kirche keine Verletzung seiner Lehre erblicken, sondern im Gegenteil ein Symbol dafür, daß Kants Geist immer mehr in die Kirche hineingetragen werden möge.

In ausgezeichneter Hochachtung Prof. Dr. H. Waiblinger.

In dieser Streifschleife meldet heute eine Depesche aus Königsberg: „Die Königsberger Stadtverordneten haben den Antrag des Magistrats mit 71 gegen 21 Stimmen abgelehnt: sich mit dem Abbruch der Kantkapelle und mit der Verlegung der Grabstätte Kants in den Dom grundsätzlich einverstanden zu erklären sowie zur Durchführung dieses Planes einen Betrag von 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen.“

n. Hochschulaufsichten. Die Privatdozenten Dr. G. Karo (klassische Archäologie) und Dr. O. Schmidt (Chemie) sind aus dem Lehrkörper der Bonner Universität ausgeschlossen; der erstere, um eine Stelle als Sekretär bei dem Deutschen Archäologischen Institut in Athen anzunehmen. — Die Wiederbelebung der durch den Tod des Staatsrats Dr. v. Schönberg an der Universität Tübingen erledigten Professur für Volkswirtschaftslehre ist bereits in die Wege geleitet, lo doch, nachdem jetzt auf die durch Professor v. Neumanns Rücktritt in Tübingen erledigte andere nationalökonomische Professur Prof. Dr. Fuchs-Freiburg i. Br. berufen wurde, zu Beginn des kommenden Sommersemesters beide Lehrstühle wieder besetzt sein werden. — Privatdozent Dr. Jordan v. dem Jülich wurde von der Universität in Tübingen zum Dozenten für vergleichende Physiologie der Tiere ernannt.

Gerichtsverhandlungen.

Strasstabmer.

Intreuer Verwalter.
Der wegen Verurteilung schon einmal vorbestrafte 45jährige Bandwirt Erhard Metz war in den Jahren 1903 bis 1907 in Stralsund bei Delitzsch auf dem Gute der Frau von Wachsunghaus Verwalter gewesen. Er erhielt bei freier Wohnung ein Monatsgehalt von 1200 Mark, das allmählich auf 2000 Mark stieg. Dabei ließ er sich im Laufe der Zeit allerlei Verurteilungen aufzubringen kommen. Teils fällte er die Zuchthausstrafe, teils erhielt er bei Gerichtsverurteilungen Geld für sich. Seine Unterhaltungen erreichten schließlich die beträchtliche Höhe von ungefähr 6000 Mark. Er soll ziemlich flott gelebt und bei Spiel und Wein viel Geld verstreut haben. Als seine Gutsbesitzerin durch Rechnungen unzufrieden über die Verhältnisse wurde, ließ sie ihn im Juli vor. Jahres durch einen Beamten der hiesigen Landwirtschaftskammer eine Revision der Bücher vornehmen. Nach Antritt des Revisors machte Metz einen Selbstmordversuch. Seine Bücher erwiesen sich als sehr unregelmäßig geführt. Vor Gericht führte Metz an seiner Gutsbesitzerin an, er habe mit seinem geringen Gehalt nicht auskommen können. Im ganzen Kreise Delitzsch sei keine so schlecht besoldete Gutsbesitzerstelle wie die seinige; Bekannte hätten ihm daher schon oft genug geraten, sie doch anzunehmen. Von der verurteilten Summe habe er bereits über 4000 Mark erlegt. Der Strafspruch lautet: er habe als große Diebstahl des Angeklagten, die Schuld an seinen Verurteilungen der vorerwähnten Gutsbesitzerin zuzurechnen obwohl diese anerkanntermaßen gegen ihre Gutsbesitzerin sehr tätig sei und sie auch in Strafschicksalen in vollen Lohn behalte. Er verurteilt gegen 10. ein Jahr Gefängnis nebst fünf Jahren Ehrverlust. Die Strafkammer verurteilte W. wegen Intreuer zu neun Monaten Gefängnis ohne Aberkennung der Ehrentitel.

Ein mysteriöser Vorfall.

Der 24jährige Schmied und Bandwirt Friedrich Peter in Wöbberlin und seine Angehörigen leben in dem Verdacht, Feldbestände zu besetzen. Am 30. August lag Peter mit seiner Mutter und seinen Brüdern in der Wöbberlin für ein Fuder Hafer. Ihre Fälschung wurde aber durch die Desimpfung des Feldbestandes des Gendarmeriewachtmehlers unterbrochen. Die Reemten beschlagnahmten den Hafer, ließen 60 Garben wieder vom Wagen laden und schickten dann

abends die Familie Peter nach Dorste. Nach der letzten Hebräerzeugung des Feldbestandes kam der Hafer zum Verfall. Die Peter-Familie bereit abgereicht waren. In folgenden Nacht brach sich die Familie Peter nochmals auf Feld hinaus und lud den Hafer wieder auf den Wagen. Peter legte sich dann oben auf das Fuder, um aufzuwachen, „daß nichts passiert“. Bisherig war er gegen 4 Uhr morgens bemerkt worden, daß der Hafer unter ihm brannte. In dieser Zeit war der Feldbeständiger Häufel auf Feld hinausgegangen, um nach seinem gemähten Hafer zu sehen, weil er in früheren Jahren mehrmals im Hafer belassen worden ist. Als er in die Nähe des Wagens von Peter kam, bemerkte er nach seiner Vernehmung einen dunklen Punkt vor sich, auf dem oben oben brannte. Bisherig sprang Peter vom dem brennenden Hafer herab auf Feld zu und beschuldigte ihn unter Schimpfwörtern der Brandstiftung. Dabei war über die Vornahme nicht einen entrollen — mehrere den Vorfall sofort dem Gendarmen. Aber auch Peter erklärte noch am selben Tage gegen Häufel Anzeigegen Brandstiftung und Bedrohung. Es wurde aber nur gegen Peter ein Strafverfahren eingeleitet da angenommen wurde, er habe den Hafer gestohlen und dann aus Rache wegen der Feldbeständiger selbst angezündet. Der Hafer war übrigens nicht völlig verbrannt, sondern zum größeren Teile von Peters Angehörigen dem Feuer noch entrollen worden. Das Verbrechen gegen Peter wurde jedoch wieder eingestellt, weil trotz öffentlicher Bekundung der Gegenwart des Peters nicht ermittelt werden konnte. Peter muß selbst durch den Brand um 200 Mark schädigt worden sein. Einem Arbeiter, der ihm auf den Kopf aufsteigend er habe, um die Spuren seiner Dieberei zu vernichten, den Hafer selber angezündet, drohte er, ihn tödlichen zu wollen. Wegen dieser Bedrohung, sowie wegen der Brandstiftung gegen Häufel und wegen des Verlebens des beständigsten Haufers wurde dann gegen Peter ein neues Strafverfahren eröffnet. Es endete heute mit seiner Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis nebst fünf Jahren Ehrverlust. Peter, der wegen des Urteils selbst protestierte, wurde sofort in Haft genommen. Dem zu Urrecht beschuldigten Feldbeständiger Häufel wurde Publikationsverbot ausgesprochen.

Verbodsverurteilung.

Der mehrfach verurteilte Erbarbeiter Reichert von hier, der dem Verband der Erbarbeiter angehört, hatte im Oktober vor 1. auf Grube „Müne“ bei Brückdorf mit mehreren nicht organisierten Erbarbeitern zusammen gearbeitet. Als letztere einmal seine Verurteilung beizugehen, erklärte er ihnen, das dürfen sie nur, wenn sie organisiert seien. Sie sollten das Gehalt tun und ihm ihre Verurteilung vorlegen. Eine Tage lang beschloß er, namentlich den einen Richter zu organisieren, eine Sozietät, mit allerlei Verurteilungen und Forderungen. Auch der Geschäftsführer Dequard von hier beteiligte sich, obwohl er mit dem Verband der Erbarbeiter gar nichts zu tun hat, nach Kräften an den Schimpfwörtern. Dem unaufrichtigen Pupp, Strömmer, Raabund, re. stütztenen Soldaten wurde keine Lage schließlich in unangenehme Weise unter Kränzen erklärte, das sei nicht länger auszuhalten und die Arbeit niederzulegen. Sie haben anderen Richterorganisierten folgen selbst seinem Beispiel. Der Vorstehende in der hiesigen Schöffengerichtsverhandlung bemerkte, es liere hier ein ganz trauriger Fall von Verbandsverurteilung vor. Beschloß wurde wegen Reichert gegen den Erbarbeiter (S. 153) der Gewerkschaft in Verurteilung mit Verurteilung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Denonze nahm das Gericht wegen seiner Nichtzugehörigkeit zum Erbarbeiterverbande nun Verurteilung als vorliegend an und bestrafte ihn dafür mit 30 Mark Geldstrafe.

Leitung Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann für das Redaktionelle: Otto Sonne; für Protokollnotizen: Albert Herling; für den lokalen Teil: Eugen Brunkmann; für den Sonderteil: Fritz Kana; für den Sport und Vermischtes: Hermann Sacher; für den Interenten: Max Kneleber; Druck und Verlag von Otto Pöndel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Luftzuglampe mit Petroleum-Glühlucht
Es ist längst festgestellt, das das Bienen resp. Anrussen das Glühlichtstrumpfen kein Petroleumglühlicht d. d. durch Überhitzung der hierzu verwendeten Brenner verursacht wird. Nur durch eine vermehrte Luftzufuhrung kann eine vollständige Vermeidung des Petroleumglühlichts erreicht werden. Da aber die Luftzufuhrung bei Brennern überhaupt zu klein sind, um einen größeren Luftstrom durchzulassen, so ist jetzt statt eines Brenners eine vollständige Lampe, nämlich eine Luftzuglampe für Petroleumglühlicht konstruiert worden. Bei dieser Lampe ist ein Zentral-Luftzugrohr eingebaut, welches durch den Lampenfuß das Gas hindurchzieht, bis es so klein, dass diese Einrichtung, welche eine beständige vermehrte Luftzufuhr verursacht, Kahlbleiben und Bläseherbeiz garantiert.
Denkbar bequemste Anzündung.
Luchstärke 70-80 Kerzen.
1 Liter Petroleum brennt ca. 1 Stunde.
Steht rubiges und gleichmäßiges Brennen.



Grosser Räumungsverkauf.

Ein Posten Schwarze Pelz-Stolas 5 50 mit 4 Schweifen, 235 cm lang Stück	Ein Posten Tuch-Unterröcke 1 35 mit Volant und Soutachebesatz Stück 1.75 u.
Ein Posten Echte Straussfedern 75 schwarz, vorzügliche Qualitäten Stück 1,85, 1,10 u.	Ein Posten Rock-Volants 75 elegante Genres, volle Weite Stück 1,45, 1,25
Ein Posten Damen-Regenschirme 1 50 mit bunter Kante (kleine Fehler) Stück	Ein Posten Reinseid. Libertyband 29 11 cm breit, in vielen Farben Mtr.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Wir überbieten nach wie vor Alles!



Halle a. S. Seidenhaus Georg Schwarzenberger Gr. Steinstr. 80

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Hochaparte Neuheiten in Blusenstoffen.
Bedeutender Eingang in den modernsten Stoffen für Ball- und Gesellschaftstoiletten.
Grösste Auswahl in Garantie-Seide für Brautkleider.



Städtische Handelsrealschule zu Dessau.

Bis jetzt 3 Klassen mit Parallelklassen: Tertia, Sekunda, Prima bezw. U. III, O. III u. U. II, eröffnet aber Ostern 1908 eine Sexta, 1909 eine Quinta und 1910 eine Quarta.
Ziel: Allgemeine Bildung bis zum Einjährigen-Zeugnis bei zweckentsprechender Vorbereitung für den kaufmännischen Beruf.
Prospekte unsonst. (17)

Das Rektorium: Die Direktion:
Dr. Ebeling, Oberbürgermeister. Prof. Dr. Tafelmacher.

Bekanntmachung!

Gefahrte mit Mitteilung, daß vom 1. Januar 1908 ab Herr Ingenieur und verord. Landmesser W. Endemann in mein Bureau für Zeichn., katastralmäßige Vermessungen und Grundbesitzverwertung als Teilhaber eingetreten ist.

W. Endemann,
Ingenieur und verord. Landmesser. (394)
Telephon 204. Halle, Teichgasse 2. am Riebeckplatz.



empfiehlt:
sämtl. Futter-
mischungen
für in- und
ausländische
Vögel.

Spezialität:
Futter
für
hungernde
Vögel.

[1046]

Kanarien-Ausstellung Halle a. S. 1906: I. Prals.

Effekten-Notizkalender pro 1908 für Besitzer von Wertpapieren.

Wichtiges Handbuch für jeden Kapitalisten, wird kostenfrei versandt. (681)

Emil Heckscher & Co., Bankgeschäft.
(Etabliert 1891)
Gr. Bleichen 81 Hamburg 36 (Kaufmannshaus).

Bekanntmachung.

Die zur Konkursmasse Gustav Hildebrand gehörigen Käfer-, Schmetterlings-, Eier- und Mineralien-Sammlungen im Werte von Mk. 15 000 bis 20 000 sollen im ganzen oder im einzelnen freihändig verkauft werden. Die Befichtigung der Sammlungen kann jederzeit erfolgen. Fragen sind an den Unterschlichter zu richten. (1245)
Magdeburg, Breitenweg 228, Der Konkursverwalter Ed. Scheilbach, den 13. 1. 1908.

Ibach-Pianos und Flügel

empfiehlt in grösster Auswahl, Vermietung, Reparaturen und Stimmungen. (917)
Balthasar Döll, Gr. Ulrichstrasse 33/34. Telephon 3754.

Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Akte Leipzig)

vormalis Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig, errichtet 1859.

Verficherungsbestand über 815 Millionen Mark
Vermögen über 306 Millionen Mark
Neuabschlüsse 1907: Mark 66 056 100
Neues, vorteilhaftestes Prämiens- und Dividendenystem
Unanfechtbarkeit · Unverfallbarkeit · Weltpolice
Vertreter in Halle a. S.: Hugo Klauke, Generalagent, Martinstr. 11, Johannes Erss, Generalagent, Magdeburgerstrasse 8. (1129)

Wichtig für Bäckermeister und Konditoren!

Welcher Bäckermeister ist bereit, in seiner Bäckerei zu Heilmannspeisen einen Dampfbackofen oder Automatische neuen Systems zum aushändigen Breie von geschliffener Maschinenfabrik einzuführen zu lassen? Schreiben unter „Mischmaschinenfabrik“ bei Daube & Co., Frankfurt a. M. (1129)

Vertreter an allen Plätzen gesucht! (1293)

R. Gottschalck's Masken- und Theatergarderobe-Verleih-Institut

Gr. Wallstr. 7
hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner Herren- und Damen-Masken-Kostüme bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Zeichnungen

auf die am 20. Januar 1908 zur Emission gelangenden
65 Millionen Mark 4% Hamburgische amortisable Staatsanleihe vom Jahre 1908

(in Abschnitten à Mk. 10,000, 5000, 2000, 1000, 500)
mit 4% Stückzinsen vom 1. März 1908 ab

à **98,50** nehmen wir spesenfrei entgegen.

Filiale der Magdeburger Privat-Bank Halle a. S.

Poststrasse 12, Telephon No. 338, 495 und 1692.

Zeichnungsanmeldungen auf die am 20. d. Mts.

zum Kurse von **98 1/2 %**

zur Subskription gelangende

4proz. Hamburg. amortisable Staatsanleihe v. 1908

nehmen wir bis Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, entgegen und vermitteln sie **kostenfrei.**

Bank für Handel u. Industrie Filiale Halle a. S.
Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.
H. F. Lehmann. Reinhold Steckner. (1289)

Mk. 65000000 4% Hamburger Staatsanleihe v. 1908

— Gesamtkündigung bis 1. April 1910 ausgeschlossen. —

Anmeldungen auf diese am Montag, den 20. Jan. Gr., zum Kurse von 98,50% zur Subskription anliegende Anleihe führen kostenfrei aus

D. H. Apelt & Sohn, Halle a. S. Frenkel & Poetsch, Halle a. S. Ernst Haassengier & Co., Halle a. S. Paul Schauseil & Co., Halle S., Bitterfeld, Beltsch, Eilenburg.

4% Hamburgische amortisable Staatsanleihe von 1908, Gesamtkündigung bis 1915 ausgeschlossen

a **98 1/2 %**

nehme ich bis Montag, den 20. cr., kostenfrei entgegen.

B. J. Baer, Bankgeschäft, Leipzigerstrasse 30. (1263)

Käuflich in den besseren Lebensmittelgeschäften.

№ 11 Mark • № 25 Stück: 95 Pf • № 50 Stück: 92 Pf • № 100 Stück: 90 Pf
F. SOENNECKEN Schreibwaren-Fabrik BONN • BERLIN, Taubenstraße 16-18